

Gemeinderatsfraktionen wollen Hilfe für Prostituierte

AIDS-Hilfe soll Beratungsstelle aufbauen - 120 betroffene Frauen in Ulm und Neu-Ulm

ULM (mö) - Frauen in Prostitution sollen in Ulm eine Anlaufstelle für Beratung und Hilfe bekommen: Alle Gemeinderatsfraktionen haben jetzt einen Antrag gestellt, dass die AIDS-Hilfe Ulm/Neu-Ulm/Alb-Donau e.V. diese Einrichtung aufbauen soll.

Die Begründung: Prostituierte brauchen Aufklärung und Beratung zu sexuell übertragbaren Erkrankungen und Präventionsmaßnahmen, sie benötigen ein niederschwelliges und anonymes Testangebot zu HIV und unkomplizierten Zugang zu medizinischer Behandlung. Weiter soll die Beratungsstelle Wege aus der Prostitution aufweisen, die Frauen hinsichtlich eigener Rechte und Pflichten unterrichten und sie bei Behördengängen unterstützen.

In Ulm und Neu-Ulm werden laut offizieller Stellungnahme des Polizeipräsidiums Ulm und der Kriminalpolizeiinspektion Neu-Ulm 28 Objekte mit Rotlichtcharakter betrieben. Der überwiegende Teil der

über 120 dort tätigen Frauen stammt aus Südosteuropa und ist überwiegend nicht krankenversichert. Bei diesen Frauen besteht ein großer Aufklärungsbedarf hinsichtlich HIV und sexuell übertragbarer Infektionen. Weiter fehlt oft eine adäquate medizinische Versorgung. Sowohl das Ulmer als auch das Neu-Ulmer Gesundheitsamt halten bislang vor Ort keine Möglichkeit für gynäkologische Untersuchungen vor.

Schwerpunkte der Arbeit der künftigen Beratungsstelle sollte nach Meinung der Gemeinderatsfraktionen auf der Verbesserung der Lebensqualität der in Prostitution tätigen Frauen in Ulm liegen: „Uns ist bewusst, dass das Thema Prostitution ein unbequemes Thema für Kommunen ist und bleibt“, heißt es in dem Antrag: „Wir sind jedoch der Meinung, dass es gilt ein Zeichen zu setzen, auch in diesem Bereich Verantwortung zu übernehmen und zu handeln.“

Dem Bündnis gegen Zwangsprostitution und Menschenhandel, das die Anlaufstelle seit langer Zeit fordert, gehören die Volkshochschule, die Aids-Hilfe, das Frauenbüro, die Gemeinderatsmitglieder Karin Graf (CDU) und Dagmar Engels (SPD), der Landtagsabgeordnete Jürgen Filius (Grüne), die ehemalige Landtagsabgeordnete Monika Stolz (CDU), „Terre des femmes“ mit Solveig Senft und der ehemalige Polizeihauptkommissar Manfred Paulus an.

Die designierte SPD-Landeschefin Leni Breymaier setzt sich sogar für ein Verbot der Prostitution ein. Prostituierte seien heute zu 90 Prozent Frauen aus Osteuropa, die für wenig Geld alles machen müssten, sagte Breymaier am Donnerstag. Es gehe um Erniedrigungen, Demütigungen und Menschenrechtsverletzungen. „Es ist unterirdisch, was da passiert.“

Sie räumte aber ein, dass weder die SPD noch die Gewerkschaft Ver-

di, deren Landeschefin sie derzeit noch ist, ihre Position nach einem Verbot teilen. Das neue Prostitutionschutzgesetz der schwarz-roten Bundesregierung hält sie für nicht

ausreichend. Das Gesetz sieht unter anderem eine Kondompflicht für Freier, Gesundheitsberatung für Prostituierte und Zuverlässigkeitsprüfung für Bordellbesitzer vor.



Bordells an der Blaubeurer Straße in Ulm: Dort tätigen Frauen soll eine Anlaufstelle helfen. Den entsprechenden Antrag auf Finanzierung stellen alle Gemeinderatsfraktionen in Ulm.

FOTO: ALEXANDER KAYA